



Demonstration gegen
Nuklearrüstung
(in Hannover, Juni 1958)

Taktische Atomwaffen seien „nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie“, behauptete Kanzler Adenauer. Gegen nukleare Strahlung schütze eine Aktentasche über dem Kopf, hieß es allen Ernstes in einer amtlichen Broschüre. Trotz der Verharmlosung wuchs in der Bevölkerung die Angst vor dem Atomtod.

DAS BÖSE SCHLECHTHIN

Von Axel Schildt

AXEL SCHILDT

lehrt als Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg und ist Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Schildt, 57, ist Fachmann für die westdeutsche Sozial- und Kulturgeschichte.

Mit Pauken und Trompeten hatte die SPD die Bundestagswahl am 15. September 1957 verloren. Nur ein mageres Drittel der Stimmen hatten die oppositionellen Sozialdemokraten erhalten, während Adenauers Kanzlerunion mit 50,2 Prozent den Zenit ihrer Macht erklomm.

„Keine Experimente“ lautete der Slogan, mit dem die CDU ihren grandiosen Sieg eingefahren hatte. Dynamisch voranschreitender Wiederaufbau, stetig steigender Wohlstand, das heraufdämmernde Konsumzeitalter, an dem mittels der großen Rentenreform auch die ältere Bevölkerung, wenngleich in bescheidenem Ausmaß, teilhaben durfte – all das sollte nicht gefährdet werden durch die mit infamer Propaganda als unsichere Kantonisten hingestellten „Sozis“. Der 81-jährige Adenauer dagegen, genannt der

Alte aus Rhöndorf, erschien als großväterlicher Garant bundesbürgerlicher Sicherheitsbedürfnisse.

Nur wenige Monate später, im Frühjahr 1958, als das Land von vehementen öffentlichen Protesten erschüttert wurde, ängstigten sich viele Menschen aber auch vor der Bonner Politik. Eine der Parolen lautete nun: „Keine Experimente. Keine Atomrüstung“.

Adenauer hatte allerdings selbst in einer Pressekonferenz am 5. April 1957 die Lunte an seine Sicherheitsrhetorik gelegt. Kurz zuvor waren Pläne bekanntgeworden, die US-Truppen in europäischen Nato-Staaten mit Trägersystemen für atomare Waffen auszustatten.

In dieser Situation beharrte Adenauer auf dem entscheidenden „Unterschied zwischen den taktischen und den großen atomaren Waffen“ und verstieg sich zu der Behauptung: „Die taktischen Atom-

waffen sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie, und es ist ganz selbstverständlich, dass bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik, wie wir sie leider jetzt haben, wir nicht darauf verzichten können, dass auch unsere Truppen – das sind ja beinahe normale Waffen – die neuesten Typen haben und die neueste Entwicklung mitmachen.“ Es war nicht zu überhören, dass der Kanzler damit zugleich den Anspruch anmeldete, auch die Bundeswehr atomar auszurüsten.

Die heftigen Pressereaktionen angesichts der Verharmlosung von taktischen Atomwaffen wurden in den wenigen Monaten bis zur Bundestagswahl durch die Regierungspropaganda beschwichtigt. Nun behaupteten Adenauer und sein Verteidigungsminister Franz Josef Strauß nämlich, es gehe lediglich um Planungen für Trägersysteme im Rahmen der Nato und man beanspruche keine Verfügungsgewalt über Atomwaffen; aber es sei der amerikanischen Seite nicht zuzumuten, der Sowjetarmee waffentechnisch unterlegen zu sein. Damit galten wiederum in der von konservativen Medien dominierten Öffentlichkeit die Sozialdemokraten als unzuverlässig, die im Wahlkampf nicht nur den Verzicht der Bundeswehr auf taktische Atomwaffen, sondern ein Verbot für jegliche Lagerung atomarer Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik forderten.

Dass aus der Angst vor den „Russen“ eine Angst vor Atomwaffen insgesamt und damit auch vor den Bonner Plänen wurde, hatte verschiedene Gründe. Zunächst: Die Bundesregierung hatte mitnichten ihre Ansprüche aufgegeben, selbst über Atomwaffen zu verfügen. Ende 1957 sah man sogar die Chance, den Wunsch nach einer atomaren Bewaffnung der neuen Bundeswehr sehr rasch zu realisieren. Der französische Verteidigungsminister Jacques Chaban-Delmas hatte seinem deutschen Kollegen Strauß die gemeinsame Entwicklung von „Atomsprengkörpern“ offeriert. Die vertraglichen Restriktionen, denen die Bundesrepublik unterlag, sollten umgangen werden, indem die Produktion ausschließlich in Frankreich erfolgen würde. In seinen posthum erschienenen Erinnerungen hat Strauß erstmals über diesen streng geheimen Vorgang berichtet. Der von ihm informierte Kanzler soll mit den Worten reagiert haben: „Machen Sie es, aber wenn es Ärger gibt, weiß ich von nichts.“ Ein Abkommen wurde paraphiert, aber General Charles de Gaulle, der im Juni 1958 die Macht in Frankreich übernahm, führte es nicht aus, weil er einen nationalen Alleingang bevorzugte. Die erste französische Atombombe detonierte in der Sahara am 13. Februar 1960. Die Bonner Stellungnahmen blieben aber seit dem letzten Drittel der fünfziger Jahre zwielichtig, und was Strauß später selbst enthüllte, war durchaus von manchen Zeitgenossen vermutet worden.

Dass mit der atomaren Abschreckung des Sowjetblocks zugleich das Risiko der Selbstvernichtung provoziert würde, bildete den paradoxen Kern des politisch nicht mehr Vermittelbaren. „Lieber tot als rot“, diese in den letzten Kriegstagen verbreitete Durchhalteparole, die noch ein weiteres Jahrzehnt für politische Hardliner des Kalten Krieges oberste Maxime blieb, begann Mitte der fünfziger Jahre ihre Plausibilität zu verlieren.

Mit dem Tauwetter nach Stalins Tod wurde es schwierig, einen dämonischen Bolschewismus zu beschwören, der für seine weltrevolutionäre Mission auch den Untergang des Planeten in Kauf nehmen

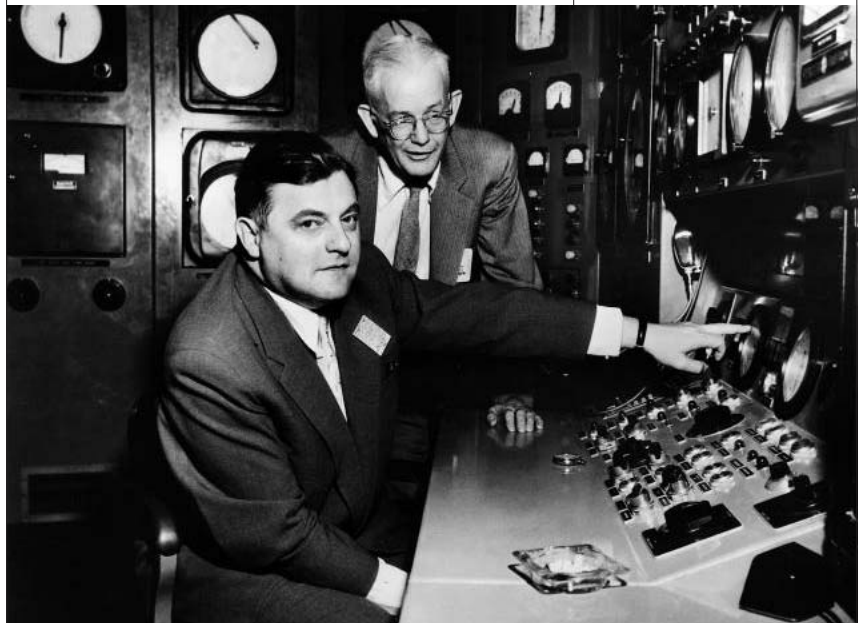
würde und der höchstens durch die Androhung atomarer Gewalt von seinen aggressiven Obsessionen abzuhalten sei.

Dass es der Sowjetunion gelang, als erste Macht einen künstlichen Satelliten in den Weltraum zu schicken, der am 4. Oktober 1957 seine Erdumlaufbahn erreichte, löste im gesamten Westen eine heftige Debatte über den sogenannten Sputnik-Schock aus. Betont wurde nun, dass nicht in erster Linie eine direkte militärische Gefahr aus dem Osten zu fürchten sei, sondern eine wissenschaftlich-technische Herausforderung durch den Vorsprung der sowjetischen Ingenieure und Techniker bestehe, während im Westen die Jugend hedonistischen Konsumneigungen nachhänge. Das wichtigste Mittel dagegen sei nicht die atomare Verteidigung, sondern eine tiefgreifende Bildungsreform.

Nicht nur die dann noch einmal von Berlin- und Kuba-Krise unterbrochene Entdramatisierung des Kalten Krieges hatte die Anhängerschaft einer westlichen Verteidigung um jeden Preis dezimiert. Auch im Inneren des Landes sorgte die gesellschaftliche Stabilisierung der Nachkriegsverhältnisse, wie sie sich nicht zuletzt im Wahlsieg von CDU/CSU eindrucksvoll gezeigt hatte, für eine wachsende Abneigung gegenüber einer harten Blockkonfrontation, mit der alles aufs Spiel gesetzt würde, was man mühsam wieder aufgebaut hatte.

Vor diesem Hintergrund aktivierte die Atomkriegsgefahr tiefsitzende Ängste, die keineswegs irrational waren, sondern auf Lebenserfahrungen weiter Teile der Bevölkerung beruhten. Der Zweite Weltkrieg lag nur ein Jahrzehnt zurück, die düsteren

Ende 1957 sah die Adenauer-Regierung eine Chance, die Bundeswehr rasch atomar zu bewaffnen.

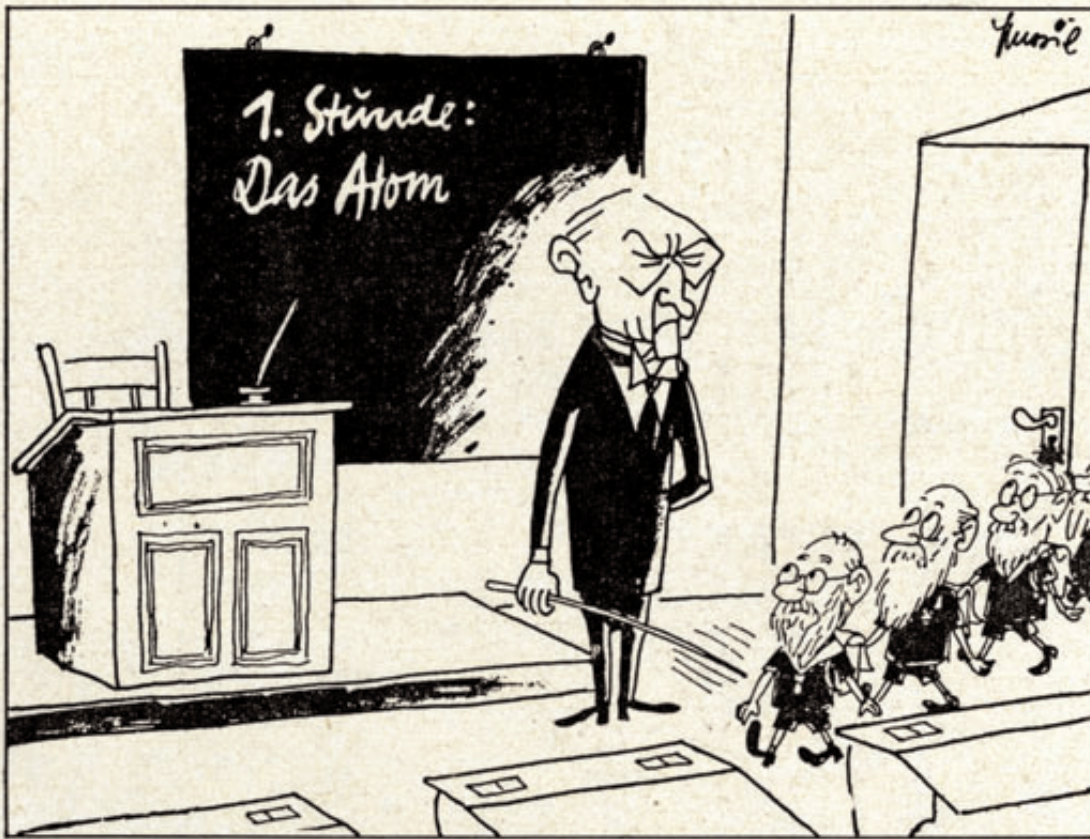


Trümmerjahre danach waren noch präsent. Kaum jemand hatte es in der unmittelbaren Nachkriegszeit für möglich gehalten, dass in naher Zukunft ein ungekannter Wohlstand über die Deutschen, zumindest im größeren westlichen Teil, kommen würde. Insofern bildete die Angst, der Frieden könne schnell wieder vorbei sein, die heimliche Rückseite des „Wirtschaftswunders“.

Ein amerikanischer Pressekorrespondent, Norbert Muhlen, formulierte seine Beobachtung: „Unter Gesang, Geschunkel und Motorengeknatter verbirgt

ATOMMINISTER

Bei einem USA-Besuch im Jahr 1956 ließ sich Franz Josef Strauß (l.) nicht nur den Experimentalreaktor in Chicago zeigen, er verhandelte auch über die Lieferung von Uran 235 und zwei schon zugesagte Atomreaktoren.



VORGEFÜHRTE FACHLEUTE
„Nachhilfeunterricht für Göttinger Professoren“ nannte Karikaturist Felix Mussil seine Zeichnung für die „Frankfurter Rundschau“ 1957, in der er die harsche Reaktion des Kanzlers auf die Widerstands-Erklärung von 18 weltweit anerkannten deutschen Atomphysikern glossierte.

man die Angst, es könne auch wieder einmal anders – das heißt schlechter kommen.“ Dies bezog sich auf drohende Wirtschaftskrisen und Kriege gleichermaßen, die in vielen Lebenserinnerungen ohnehin einen Zusammenhang bildeten.

Die demoskopischen Befunde sind überdeutlich. Eine Mehrheit der Bevölkerung fürchtete, nur in einer kurzen, auf drei bis höchstens zehn Jahre begrenzten Phase des Kalten Krieges zwischen Zweitem und einem drittem Weltkrieg zu leben. Vor diesem Hintergrund hatte es in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre eine vor allem gefühlsmäßig begründete „Ohne mich!“-Bewegung gegen die Wiederaufrüstung gegeben, gegen die aber die tief verankerte Angst vor „den Russen“ stand, die in starkem Maße mit den Erlebnissen von Flucht und Vertreibung am Ende des Krieges verbunden war und nachwirkte, zumal sie von den Medien wachgehalten und immer wieder aktualisiert wurde. Das CSU-Plakat mit einem dämonisch drohenden Rotarmisten und der Zeile „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“ im Bundestagswahlkampf 1953 brachte die erfolgreiche innenpolitische Funktionalisierung drastisch zum Ausdruck.

Seit Mitte des Jahrzehnts wurde allerdings immer häufiger thematisiert, welche Auswirkungen ein atomarer Krieg zwischen den Blöcken haben würde. Die Zahl der Opfer von Hiroshima und Nagasaki wurde erst mit einiger Verspätung bekannt, hatten doch die Amerikaner eine sehr restriktive Informationspolitik betrieben, wobei über Langzeitfolgen ohnehin noch kaum berichtet werden konnte.

Informierte Zeitgenossen wussten immerhin, dass die atomare Waffentechnik seither große Fortschritte gemacht hatte. Das Nato-Manöver „Carte Blanche“ 1955 ergab für den Fall eines Konflikts unter Einsatz taktischer Atomwaffen nach sehr

moderater Berechnung 1,7 Millionen Tote und 3,5 Millionen Verletzte auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Mit der Aufklärung über die Wirkungen radioaktiver Strahlen wurde zugleich der Propaganda für einen zivilen Luftschutz der Boden entzogen. Dass man sich vor radioaktiver Strahlung unsicher mit einer Aktentasche über dem Kopf schützen könne, wie es in offiziellen Broschüren allen Ernstes behauptet wurde, glaubten immer weniger Menschen; diffuse Ängste reichten nun bis zu Spekulationen über den Zusammenhang von Atomtests und Witterungsverhältnissen. Im nasskalten Sommer 1956 führte die Mehrheit der repräsentativ befragten Bevölkerung das schlechte Wetter auf Atombombenversuche zurück.

Das zu erwartende Szenario nuklearer Vernichtung im Kontrast zur Verharmlosung durch die Bundesregierung bildete den Humus für die antiatomare Protestbewegung. Dabei ist es charakteristisch, dass sich zuerst vor allem Experten wie Physiker und andere Naturwissenschaftler artikulierten. Enorme Beachtung fand die öffentliche Warnung („Göttinger Erklärung“) von 18 deutschen Atomphysikern am 12. April 1957, die als direkte Reaktion auf Adenauers Pressekonferenz formuliert worden war. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art zu verzichten. Man selbst werde sich nicht an der Herstellung derartiger Waffen beteiligen. Diese Erklärung bot eine willkommene wissenschaftliche Beglaubigung öffentlicher Kritik. Immerhin befanden sich Nobelpreisträger und andere namhafte Wissenschaftler unter den Appellanten: Max Born, Otto Hahn, Werner von Heisenberg, Max von Laue, Heinz Maier-Leibnitz und Carl Friedrich von Weizsäcker.

Vernehmlich mischten sich auch kirchlich-theologische Stimmen in den Protestchor – in der Bundesrepublik wie auch in der DDR. Die neue Qualität dieser „Massenvernichtungsmittel“, so Helmut Gollwitzer in seiner Schrift „Die Christen und die Atomwaffen“ (1957), mache alle traditionellen Gründe für einen „pflichtgemäßen Waffengebrauch“ hinfällig. Die Zahl synodaler Erklärungen mit diesem Tenor aus dem evangelischen Raum 1957/58 war groß und begründete eine Tradition, die noch 1981 den Evangelischen Kirchentag in Hamburg zu einem Höhepunkt der Proteste gegen die amerikanischen Stationierungspläne von Pershing-Raketen und Cruise Missiles in Deutschland werden ließ.

Zum personifizierten Symbol des Gewissensaufstands gegen die atomare Bedrohung wurde der Frie-

densnobelpreisträger Albert Schweitzer, der am 23. April 1957 – elf Tage nach der Göttinger Erklärung – einen von Radio Oslo ausgestrahlten und von 140 Rundfunksendern weltweit übernommenen Appell „an die Menschheit“ gerichtet hatte, die Atomrüstung zu beenden. Als er ein Jahr später erneut im Radio das Wort ergriff, diesmal explizit gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, galt er als moralische und sachliche Autorität, der kaum etwas argumentativ entgegensetzen war.

Auch andere „große Männer“ der Philosophie mischten sich mit dem ganzen Gewicht ihres Ansehens in die Auseinandersetzung – so der noch in der DDR lebende Dissident Ernst Bloch, Karl Jaspers und ganz besonders der Philosoph Günther Anders, der die Atombombe als das Böse schlechthin, als „absolute Negativität“ charakterisierte.

Der Appell der „Göttinger 18“ hatte zwar jede atomare Bewaffnung der Bundeswehr strikt abgelehnt, aber gleichzeitig betont, „dass es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern“. Die erste große internationale Konferenz der Uno „Atoms for Peace“ hatte im Sommer 1955 in Genf unter Beteiligung von 1200 Delegierten aus 73 Staaten sowie jeweils 800 Wissenschaftlern und Journalisten stattgefunden.

Franz Josef Strauß – Chef eines eigens eingerichteten Ministeriums für Atomfragen, bevor er das Verteidigungsressort übernahm – erklärte in einem Vortrag vor dem Hamburger Übersee-Club 1956 die Erforschung und Verwertung der Kernenergie schlicht zu einer künftigen „Frage des Lebensstandards“. Auf einer Kasseler Ausstellung „Atomkraft als Friedenskraft“ wurde im Mai 1958 die vielseitige Wunderwirkung nuklearer Bestrahlung propagiert, die beispielsweise Wurst- oder Käsescheiben haltbarer machen oder besonders große Erdnüsse hervorbringen könne. In diesem Sinne stand der zeitgenössische Begriff des „Atomzeitalters“ für zukunftsoptimistische Wohlstandsverheißungen.

Aber gerade die positiven Visionen einer friedlichen Nutzung des Atoms beförderten die Proteste gegen die atomare Bewaffnung, die als Missbrauch einer segensreichen Technik erschien. Der Physiker Max Born hatte dies in einer großen Rede über „Entwicklung und Wesen des Atomzeitalters“ in der Evangelischen Akademie Loccum im Sommer 1955 auf den Punkt gebracht: „Dies Neue schließt zugleich eine fürchterliche Drohung und eine strahlende Hoffnung in sich ein: die Drohung der Selbstvernichtung der Menschheit, die Hoffnung auf ein ‚Paradies auf Erden‘.“

Ebendiese Alternative stellte die Sozialdemokratie heraus; die SPD, genauer gesagt deren auf eine programmatische Neuentwicklung drängende Reformer rückten die atomaren Möglichkeiten in das Zentrum einer friedlichen Sozialutopie, die den Marxismus endgültig verabschiedete – die Präambel des Godesberger Programms 1959 ist dafür ein Schlüsseldokument. Die Atombegeisterung, die unter den Intellektuellen noch stärker als in der allgemeinen Bevölkerung vorhanden war, wurde zur Chiffre für die allgemeine Bejahung moderner Lebensverhältnisse. Die auch mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie einhergehenden Risiken waren dabei noch kaum bewusst.

Die Protestbewegung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr nahm seit Ende 1957 an Inten-

sität zu. Im Dezember sprach sich die Bremer Bürgerschaft in namentlicher Abstimmung gegen die Errichtung von Raketenbasen in der Bundesrepublik und gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus, zwei Monate später folgte die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck dem Bremer Beispiel. An vielen Orten machten nun unterschiedliche Gruppen mobil: „Schutzgemeinschaften“, zum Beispiel in Heilbronn, wurden gegründet, um den Widerstand gegen die in der Nähe stationierten amerikanischen Raketenbatterien zu organisieren, 1700 Studierende und Assistenten an der Universität Heidelberg unterzeichneten eine Erklärung gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr, in einer öffentlichen Erklärung forderten 200 Professoren, dass über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa verhandelt werden solle. Überall regte sich der Protest.

Die heiße Phase begann mit der Veröffentlichung des Aufrufs „Kampf dem Atomtod“ am 10. März 1958. Initiiert von der SPD, hatten den Aufruf unter anderem Thomas Dehler (FDP), der Publizist Axel Eggebrecht, der Politologe Eugen Kogon, der Soziologe Alfred Weber sowie die Schriftsteller Heinrich Böll und Erich Kästner unterschrieben. Eine große Kundgebung in Frankfurt am Main am 23. März gab dann den Auftakt zu einer Fülle weiterer öffentlicher Manifestationen, darunter sogar einige lokale Warnstreiks. Am 31. März schließlich konstituierten in München prominente Schriftsteller und Künstler, darunter Ingeborg Bachmann, Günter Eich, Wolfgang Koeppen und Vicco von Bülow alias Loriot, das „Komitee gegen Atomrüstung“, das für eine weltweite Achtung von Atomwaffen eintrat.

In Hamburg füllten am 17. April 150 000 Menschen den Rathausplatz und die umliegenden Straßen. Auf dieser bis dahin größten politischen Kundgebung in der Hansestadt ergriff der sozialdemokratische Bürgermeister Max Brauer das Wort und erklärte mit einigem Pathos: „Denn an uns alle ist die Frage gestellt, ob wir den Untergang aller Kultur und den Selbstmord oder ob wir die Rettung des Friedens, die Rettung unserer Frauen, die Rettung unserer Kinder wollen.“ Er kündigte eine „Volksbefragung über Atomwaffen“ an, die dann allerdings durch eine Einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts verhindert wurde. Sein Parteifreund Helmut Schmidt, damals Bundestagsabgeordneter, ging noch weiter. In einem Interview mit dem linken Magazin „Konkret“ im April 1958 schloss er sogar einen Generalstreik nicht aus, weil es im wahrsten Sinne um das „Lebensinteresse“ gehe.

Dies bildete dann das Leitmotiv für die periodisch immer wieder aufkommenden Proteste gegen den Atomtod, die den Kalten Krieg bis zu seinem Ende begleiten sollten. ◆

Befürworter der Kernenergie behaupteten, radioaktive Bestrahlung mache Wurst und Käse haltbarer.



HÖLLISCH HANDLICH
Mit einer Reichweite von zwei bis vier Kilometern und einem Gewicht von unter 30 Kilogramm war die „Davy Crockett“, hergestellt seit 1956, die kleinste jemals gebaute Nuklearwaffe.